



Alternativ 3 kästchen für Anreifer

Ahoi, liebe Leser!

EDITORIAL Eine Studie an der Uni Bamberg zeigt: 17 von 100 Wählern können sich vorstellen, der Piratenpartei ihre Stimme zu geben. Wenn sie nur mehr darüber wüssten ...

Hier soll diese Piratenzeitung unterstützen. Als Service und Dienstleistung für alle aktiven Gruppen, Verbände bringen wir eure Themen auf Papier. Ihr schreibt, wir drucken und liefern. Erstes Projekt ist diese 8-seitige Nullnummer, um uns selbst und allen Interessierten zu zeigen: das schaffen wir. Dann folgt periodisch alle 3 Monate die 32-seitige Piratenzeitung für die pirateninteressierte Öffentlichkeit. Es geht um längere, informative Texte zu den politischen Themen der Pi-

ratzen. Zu einem Druckpreis um die 12 Cent (zuzüglich weiteren Cents für Versand) können wir viele Informationen weiterreichen, die dem einen oder anderen helfen, die Piraten besser zu verstehen, zu unterstützen, mit anderen über Piratenthemen zu sprechen. Die heißbegehrte Wählerstimme ist dann hoffentlich Ergebnis unserer Bemühungen.

Wir machen das für euch draußen als Service. Nicht jeder hat Zeit und Lust sich mit Druckvorlagen, Redaktionser-

Leerzeichen
so richtig. Wora oder wo?

WWF präsentiert „grünes Dateiformat“

Täglich werden tonnenweise, wälderweise Bäume gefällt und verarbeitet, um bedruckt und all zu oft umgehend im Papierkorb entsorgt zu werden. Täglich wurden in Europas Büros und Amtlern durchschnittlich 31 Seiten von jedem Mitarbeiter ausgedruckt – und davon 7 nach wenigen Minuten im Papierkorb entsorgt, macht Eberhard Brandes, Geschäftsführer der Naturschutzorganisation World Wide Fund (WWF) Deutschland, bewusst. Seine Organisation hat ein Dateiformat vorgestellt, dass man nicht drucken kann. Dabei handelt es sich um das Portable Document Format (PDF) mit deaktivierter Druck-Möglichkeit, dass aber in jedem üblichen Leseprogramm („Reader“) geöffnet und angezeigt werden kann. Der WWF will mit dieser Aktion einen Beitrag für einen bewussteren Umgang mit Papier leisten. Wer unnötige Ausdrucke vermeide, schützt den Waldbestand und entlastet die Umwelt. Darum werden wir die digitale Fassung unserer Zeitung undruckbar ausliefern, denn die gedruckte Zeitung schicken wir Ihnen gerne zu.

Weitere Infos zum Format:
<http://saveaswwf.com/de/>



CC-BY-SA
wikimedia.org / Jürgen Matern

Koordinatoren
Organisatoren
Redakteure
Fotografen und
Bildredakteure
Illustratoren/Zeichner
Cartoonisten
Vertriebsprofis
und sonstige Helfer
Kennen Sie sehr gute Freiwillige?
mitmachen@piratenzeitung.de

Die Themenzeitschrift

KOMPASS

wird herausgegeben vom Verein für solche Zwecke e.V. und erscheint vierteljährlich

Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung! Sie wird von Freiwilligen gemacht und gibt stets lediglich die Meinung der Redakteure wieder. Bitte bedenken Sie dies, wenn Sie diese Zeitung zitieren.

<http://kompass.piratenzeitung.de>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @AG_PZzeitung

Mitwirkende:

Koordinatoren: Joshua Bruck
Layout & Grafik: Andre Trecksel
Redaktion: Julian Drywa, V.I.S.C.P.
Stefan Müller
Ulrich NACHNAME
Christoph Schonfeld
Philipp Neumann
Sebastian NACHNAME
et al.

Postanschrift der Redaktion:
Umgehungsstr. 23, 54321 Dörns
Postanschrift des Vereins:
Nix-Wie-Weg 23, 12345 Hierso

Mit Illustrationen von:
<http://illustrationen.beispiel.de>

AboService & Vertrieb:
kompass-abo@piratenzeitung.de

Kopieren erlaubt! Alle Inhalte Texte, Bilder, Illustrationen, etc. stehen unter der **Creative Commons BY-NC-ND** und dürfen für nichtgewerbliche Nutzung (NC) unverändert (ND) kopiert, vervielfältigt und verbreitet werden, sofern die Urheber genannt werden (BY) in den Kopien, welche unter den gleichen Lizenzbedingungen veröffentlicht sein müssen. Beispiel eines Vermerks: CC (BY-NC-ND): Kompass / Max Mustermann (Autor)

Fragen richten Sie bitte an: lizenz@piratenzeitung.de
Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft
PIRATENZEITUNG

Alle Universitäten?

Super

JMStV: Auf ins „saubere“ Kindernetz

NETZPOLITIK Zensursula reloaded: Der Kampf der Medien gegen private Webseiten-Betreiber und wie sehr die Politik dabei dienlich ist.

Jugendschutz in Deutschland ist weltweit führend. Was in anderen Ländern frei an der Ladentheke ausliegt, ist in Deutschland indiziert oderzensiert. Gerade im Computerspielbereich werden entschärzte Versionen nur für Deutschland produziert. Vor Gewalt strotzende Hollywood-Filme werden radikal geschnitten, damit sie noch die Ab-16-Freigabe erhalten. Bisher war das Web von solchen Zensurbestrebungen weitgehend verschont.

Aber: wo Politiker sich profilieren möchten, wird mit der Zeit für jeden Lebensbereich eine Regulierung entworfen und sei sie auch noch so well- und praxisfremd. Hauptsache, man kann dann im Wahlkampf vorweisen, etwas für „die Kinder“ und gegen den „Schund aus dem bösen Netz“ getan zu haben. Kompliziert wird die Jugendschützeri aufgrund der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, die in Deutschland durch das Grundgesetz vorgegeben ist.

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien kann schon seit ein und je „Schriften, Ton- und Bildträger“ sowie Webseiten in die Liste der jugendgefährdenden Schriften eintragen, diese sind indiziert und dann nur noch unter speziellen Bedingungen weiterverbreiten. Die Bundesprüfer arbeiten aufgrund des Jugendschutzgesetzes.

* Die Kommission für jugendmedienschutz (KJM) kümmert sich um private Telemedien wie TV und Rundfunk. Die KJM ist die Prüfzentrale für die Landesmedienanstalten. Jedes Bundesland hat eine. Wenn die KJM einen Problemfall feststellt und entscheidet, wird dieser zum Verteilung an die Landesmedienanstalt weitergereicht. Die KJM arbeitet auf Basis des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.

* Die berühmt-berüchtigte jugendschutz net-Institution ist ein Anhänger obengenannter

KJM, und kümmert sich speziell um Internet-Probleme. > „Freiwillige Selbstkontrolle“ haben Wirtschaftsverbände gegründet, so etwa zur Automaten-Selbstkontrolle.

In der aktuellen Diskussion ist zur Zeit der „Staatsvertrag über den Schutz der Menschwerde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien“ (kurz: Jugendmedienschutz-Staatsvertrag oder JMStV). Seit April 2003 ist er in Kraft, und eine Neuregelung wird nun

hinfällig.

Was will diese Neuregelung? Kern der Debatte ist die geplante Einführung einer Alterskennzeichnung. Jede Webseite soll sich bewerten, für welche Altersgruppe sie zulässig ist. Gegner halten das für eine unnötige Aufgabe angesichts der Vielfalt von Links, Internetinhalten, Benutzerkommentaren, die eine typische Webseite im Jahre 2010 so aufweisen kann. Von den neuen Regelungen profitieren:

- ein Heraussteller von Filtersoftware, denn die vorerst nutzlose Filterung wird mit dem neuen JMStV statthaft lächen-deckend eingeführt

- größere Inhaltsanbieter, die sie ihre Verantwortung an eine freiwillige Selbstkontrolle abgeben können, gegen Gebühr

Für private Homepages gelte jedoch die gleichen Pflichten, den privaten „Anbieter“ kontrolliert sich unfreiwillig selbst. Wenn er einen kleinkleinlichen „Fehler“ macht, kassiert er mit voller Strenge des Gesetzes höchstpersönlich und zwar mit allem, was er hat.

Der Webmaster steht so immer unter Rechtsunsicherheit, und wird möglicherweise zur Zielscheibe von Abmahnwälten, Rechtsspezialisten, die sich einzig und allein darauf konzentrieren, solche alltäglichen Verstöße aufzuhoben und dafür Rechnungen an den Webmaster zu schreiben. Zum Beispiel wenn unser Webmaster eine

Homepage für ein Computerspiel ab 16 betreibt oder ein Bild verlinkt, welches für Personen unter 16 schädlich sein könnte. Das googelt der Anwalt oder seine unterbezahlten Helfer in ein paar Minuten, und klickt ein paar Textbausleine zusammen. Ruckzuck, fertig ist der 300-Euro-Brief.

Vorsicht vor Links auf Filmtrailer. Die könnten nicht jugendgerecht sein. Ebenso gefährlich ist es, eine Seite für Kinder in die Homepage zu integrieren, da dann die gesamte Webpräsenz Kindgerecht (ab 6 Jahre) sein muss. Ungeklärt ist, was mit den vielen Vierma-Homepages und Forzen passiert. Wenn die ersten Vereine von Abmahnwälten plausig gemacht werden, geht ein Aufschrei durchs ganze Land, der bis zum Bundestag geht wird. Eine Privatperson kann sich mit dem neuen JMStV nicht mehr erlauben, ein Forum oder ganz Kommentare zuzulassen, wenn es keine „Freiwillige Selbstkontrolle“ als Blitzableiter besteht. Abmahnher und ihre Helferhelfer haben schnell innumierbare Kommentare plattiert. Dann geht es los.

Eine Besonderheit des deutschen Rechtssystems lässt die Abmahnung zu, und der Abgemahnte hat oft keine andere praktikable Möglichkeit, die Anwaltsrechnung über mehrere hundert Euro zu zahlen, so wie eine Unterlassungserklärung mit kommender häufiger Vertragssstrafe (5.000-10.000 €) zu unterschreiben, wenn es was ähnlich Gelagertes nochmal passiert. Er steht somit die nächsten Jahrzehnte unter verschärfter Beobachtung. Für Privatpersonen wird das Veröffentlichen der eigenen Meinung, ein hart erkämpftes originares Bürgerrecht, zur großen Kosten- und Rechtsfalle. Wenn man als Bürger statt Angst vor Behörden, Kosten, und Anwalt haben muss – sowie nach Abgabe der Unterlassungserklä-

lung um wirtschaftliche Existenz fürchten muss, werden sich viele ins Private flüchten und für immer schweigen.

Gerade die Sozialdemokratische Partei Deutschland sollte aus ihrer ruhmvollen Vergangenheit noch die bedrückenden Auswirkungen der Verfolgung in Kaiserzeit und Nazi-Diktatur kennen.

Der Kontrollwahn der vorgeblichen Jugendschützer ist grenzenlos: ein früherer Entwurf des 14. JMStV hätte Provider und Zugangsanbieter zum Internet verpflichtet, die gefärbten Inhalte zu kontrollieren. Damit bekäme man quasi bei Haushalt eine gigantische Zensurinfrastruktur. Dank zahlreicher Proteste gibt es diese „Provider-Haftung“ nicht mehr.

Wie auch bisher haben zahlreiche Experten in den Anhörungen zum Vertrag ihre Bedenken vorgebracht. Doch wie immer werden diese Bedenken vollständig ignoriert und bestenfalls in kleiner Dosis ins Gesetz integriert. Auch hier ist ein Demokratiedefizit zu sehen. Die Politik ist nicht bereit, Anregungen von Fachleuten aufzunehmen. Außer es ist gerade Wahl und Stimmenverlust droht.

Nur aufgrund einiger weniger Einflussnahmeerhebungen wird ein Vertrag durchgedrückt, der für mehr Zensur, Unsicherheit und Unfreiheit sorgt. Viele werden ihn nicht beachten und dagegen verstößen. Anwälte werden „gewerbliche Tätigkeit“ herbeiausgenommen und mit massiven Abmahnungen Gold schieffeln. Die etablierten Medien dürfen sich freuen: lästige Kleinkonkurrenz ohne Selbstkontrollen-Rechtschutz wird wieder etwas mehr an die Wand gedrückt.

Auch die SPD darf sich freuen, hat sie doch mit ihren Medienbeteiligungen weiterhin runde 15 Millionen € jährlichen Gewinn mit bestem Schutz vor der Bloggerkonkurrenz. Für aktuelle Informationen

kann man auf ak-zensur.de/
krz

Dieser Text muss kürzer, Bild/Grafik hinzufügen

+ Kurt Beck als Zensurruhr 3.0
(Bild in Wiki als EPS)

AYOUT :

2010 0



TCXJ

CC Stefan Müller

Der ACTA-Pakt

HINTERGRUND Wie Hollywood ab 2012 das Netz übernehmen will

ACTA - Hinter diesen harmlosen vier Buchstaben verbirgt sich ein internationales Abkommen mit enormem Zerstörungspotential. „Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement“ ist ein geplantes plurilaterales Handelsabkommen auf völkerrechtlicher Ebene“, definiert die Wikipedia. Stoff zum Einschlafen.

Doch Digital-Aktivisten wie die Piraten sind alarmiert. Im Geheimen ausgehandelt, fallen Wünsche und Interessen der Zivilgesellschaft unter den ACTA-Verhandlungstisch. Denn wie das bei drogen Themen gerne so ist. Hinter einem wohlklingenden Titel verbergen sich einige üble Paragrafen.

ACTA war einmal dazu gedacht, gezielt gegen den Import von gefälschten Marken-Artikeln vorzugehen. Das ist längst Vergangenheit. Der mittlerwei-

le in der Endfassung vorliegende Vertragsentwurf spricht, nach zahlreichen Geheimgesprächen, eine völlig andere Sprache. Seit dem Wahlsieg von US-Präsident Barack Obama hat die Copyright-Lobby freie Fahrt. Als Dankeschön für die Unterstützung im Wahlkampf 2008 werden Interessen und Positionen der Rechteverteilter aus Musik, Film und Medien verstärkt gewürdigt.

So auch bei dem ACTA-Abkommen. Hineinverhandelt seitens der USA wurde nun das weite Feld des „Geistigen Eigentums“, der Monopol-Ansprüche auf Gedankliches aller Art „Geistiges Eigentum“, das ist ein unscharfer Begriff. Was kann das alles umfassen? Eine selbstgebrannte CD im Handgepäck? Ein Text auf einer Webseite? Eine Kopie im Copy-

shop? Ein Link in einer Mail? Eine 8 Wörter lange Schlagzeile aus der Zeitung, die in einem webbasierten Onlinedienst a la Twitler verbreitet wird? Ein Urlaubsvideo, mit etwas zufällig aufgeschnappter, copyrightgeschützter Musik im Hintergrund?

Im Zweifel wird das ein Richter für dich entscheiden. Wenn du Pech hast, ist es einer aus Texas, USA. Dort wirst du dann verklagt. Das Urteil umfasst nicht nur die relativ geringe Nutzungsgebühr, sondern auch noch exorbitante Strafzahlungen, wie es nach US-Recht üblich ist.

Jetzt kann man sagen: Texas ist weit weg. Doch ACTA greift ein und rückt die Welt zusammen. Erstmal holen die Texaner deine Adresse rüber. Das können sie, denn dein In-

ternet-Zugangsprovider wird mit ACTA zu umfassenden Auskünften genötigt. Damit alles etwas schneller geht, wird dein Provider diese Auskünfte ohne weitere Prüfungen leisten.

Zwecks Vorbeugung und eigener Haftungsfreiheit sollen Provider Netzadressen sperren, die ihnen irgendein ACTA-Bevollmächtigter mitteilt. Das öffnet Tür und Tor für weitreichende inhaltliche Zensur. Bewundern darf man derartige Unterdrückungstechnologie in der aufstrebenden Weltmacht China. Die „Great Firewall“ sperrt allerlei Webseiten. Auf den Filterlisten landen dann auch mit der Zeit andere, je nach herrschender Meinung unliebsame Inhalte.

Nun kennen sie dich in Texas. Der Prozess findet in einem fremden Rechtssystem ohne

deine Anwesenheit statt. Das Urteil liegt (dank ACTA) über den großen Teich. Ist es dann in der Nähe deines Wohnortes angekommen, wird mit Hilfe der deutschen Justiz ein vollstreckbarer Titel generiert. Das bedeutet Mahnverfahren, Gerichtsvollzieher, Eidesstattliche Erklärung, Pfändung, eine vernichtete Existenz. In einem Land, wo Schwarzfahren und Ladendiebstahl weitestgehend unsanktioniert bleibt, soll „Geistiges Eigentum“ mit härtesten Strafen und ohne Rechtsschutz durchgesetzt werden.

„ACTA verpflichtet seine Unterzeichner, im Strafmaß für Urheberrechtsverletzungen auch Gefängnisstrafen ausdrücklich vorzusehen. Bisher souveräne Rechtsprechung wird dadurch den kommerziellen Interessen der Verwerterindustrie unterstellt“, schreibt die Piratenpartei in ihrem Positionspapier.

Und eines schönen Tages darfst du ~~zuhören und das nicht~~ ~~zuhören~~ op. Vielleicht gibt es eine oder zwei Verwarnungen. Beim dritten Mal erhältst du eine Weiße Internetsperre. Der heute existenziell wichtige Netzzugang, mittlerweile Bestandteil von Hartz-4-Warenkörben, soll die dank ACTA genommen werden können.

Möglicherweise machst du dich auch wegen deiner Kopiervorbrecherei strafbar. Dann stecken sie dich dank virtuellem „Geistigem Eigentum“ ganz real zu echten Verbrechern in ein echtes Gefängnis.

ACTA wird die Gesellschaft nicht dazu bringen, das alltägliche private Kopieren moralisch zu verdammten, so die Position der Piratenpartei. Vielmehr werden unbezahlbare Schadensersatzklagen und völlig überzogene Gefängnisstrafen Millionen junge Menschen zu potentiellen Verbrechern erklären. Internet wird gefährlich, hinter jedem Link lauern Ärger, Kosten, Strafen. Die politische Entwicklung der letzten 60 Jahre wird im Netzbereich zunichtgemacht.

ACTA zwingt ganze Gesellschaften, nicht das völlig menschliche Verhalten des Tauschens, Teilen und Beschens einzustellen, sondern die

Täuscherei besser zu verstehen.

Die große Frage ist: Möchtest du in so einer Gesellschaft leben? In einer Gesellschaft, in der nahezu jeder, wenn er Gesicht zeigt, etwas schreibt, gestaltet, an die Öffentlichkeit bringt, dann den Freiheitsentzug und Geldstrafen zu fürchten hat, mindestens jedoch den Netzanschluß gestrichen bekommt. In so einer Gesellschaft ist eine unbefangene demokratische Teilhabe nicht mehr möglich. Dann regt die Angst, und melden darf sich nur, wer über ein dickes Bankkonto, eine grandiose Rechtsschutzversicherung und gut bezahlte Anwälte verfügt.

Der ACTA-PAKT konnte nur durch Tricks und Täuscherei zu dem werden, was er aktuell ist. ACTA entwickelte sich außerhalb des demokratischen Prozesses. Auf der einen Seite die „Geistige-Eigentum“-Lobby, auf der anderen Seite sehr indi-

rekt legitimisierte Vertreter aus der Politik, mit Lust auf Seitenwechsel. In einem demokratischeren Verfahren hätte ACTA nie eine Chance.

Hinterhältig wird von irgendwelchen Unterhändlern aus der EU-Kommission für uns „verhandelt“. Nur durch harten Druck wurden Verhandlungsergebnisse überhaupt öffentlich. Schon alleine dieser Aspekt ist ein politischer Skandal, der ACTA für jeden Demokraten unmöglich macht.

Am 24. November 2010 gab das EU-Parlament jedoch mehrheitlich grünes Licht und beauftragte die Kommission, die ACTA-Verhandlungen nach weitgehend eigenem Ermessen fortzuführen. Das ist Demokratiedefizit live und in Farbe. Nur noch die eigentliche ACTA-Zustimmung oder Ablehnung, das reine Ja oder Nein liegt jetzt in den Händen vom EU-Parlament.

Laut den Artikeln 5 und 6 des offengelegten ACTA-Vertragentwurfes soll ein Überstaatliches ACTA-Komitee eingerichtet werden, in dem Änderungen am Staatsvertrag nachträglich ohne den Gesetzgeber getägt werden dürfen. So ganz praktisch, un-

demokratisch, 100% lobbykontrolliert darf ACTA durch unser Netz rasen, schnüffeln, filtern, sperren und sich dabei eigene Gesetze schreiben.

ACTA ist maßlos und einseitig an den Wünschen einer Lobbygruppe orientiert. Hier werden von Lobby und Politik „Verträge zu Lasten Dritter“ geschlossen – ein boshafter Pakt gegen die Zivilgesellschaft, die nicht mit am Tisch sitzen darf.

So hat ACTA das Potential für ein digitales Stuttgart 21, wenn viele Menschen erst einmal die Tragweite von ACTA-Regeln erkennen. Ein weiterer Ansehensverlust der Politik ist direkte Folge.

Vielleicht ein Ansehensverlust zuviel, wenn mehrere Dinge zusammenkommen. Das können wir unserem Land und Europa nicht zumuten! Das Risiko geht weit über ein simples Handelsabkommen hinaus.

Die Piratenpartei kämpft international gegen ACTA.

ACTA ist vollkommen abzulehnen, die Verhandlungen sind zu stoppen, fordert die Piratenpartei Deutschland in ihrem Positionspapier. Die Art und Weise der Entstehung ist einer demokratischen Gesellschaft unwürdig, die Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stehen in keinem Verhältnis zu dem erhofften Nutzen.

Der Staat muß nicht Geschäftsmodelle aus der analogen Zeit ins Digital-Zeitalter retten. Das ist Sache des freien Marktes. Unternehmen sind gefordert, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, wenn sie überleben wollen. Die US-amerikanische Computerfirma Apple schuf mit iTunes die führende Verkaufsplattform für Digitalmusik. Die Musikindustrie klagte Napster, die Urtauschbörsen für viele, in Grund und Boden. Der Wandel kennt kein Ende und ist durch Gesetze und Justiz nun einmal nicht zu stoppen. Getauscht wird stets mehr und immer wieder in allerbester Qualität. Weil das einfach menschlich ist.

Es wird Zeit für Menschen, die bei ACTA mitreden. krzl

TEXT

Bild/Grafik, Kasten hinzufügen

2 Spur fax
haben ich

Sie kommen in der Nacht!

VERBRAUCHERSCHUTZ Spam-Faxe sind nicht nur ärgerlich, sondern auch kostspielig

Es gibt nicht nur Spam über den Email-Account, sondern auch durch Faxe. Das nervt nicht nur, es kostet auch Toner und Papier. Zudem kostet es unter Umständen, wenn das Fax Geräusche macht, auch Schlaf. Denn Spam-Faxe kommen häufig zu Zeiten, wo die Menschen noch im Bett liegen. Wenn man solche Faxe empfängt, kann man deren Absender aus dem Speicher des Faxes teilweise ausdrucken lassen. Bekannte Nummern sind folgende für den Swiss Money Report (00447005980258) und für diverse andere Angebote (00447005800289). Zu diesen Angeboten zählen Kunstranzen, Flaggengäste, Buromobel oder Generatoren. An die Nummern sollte man tunlichst eine Antwort unterlassen, denn sie scheinen kostenpflichtige Nummern zu sein. Die Nummern stehen in Zusammenhang mit weiteren holländischen Telefonnummern die zum selben „Dienstleister“ gehören. Auf den Internetseiten kann man weitere Informationen finden zu den Verantwortlichen.

Für den Spamfax Swissmoneyreport ist die ~~Altamus Private Media Services Ltd.~~ in den Niederlanden mit Hauptsitz in Großbritannien verantwortlich - steht jedenfalls so auf der Webseite von Swiss Money Report. Für die anderen Spam-

Faxe scheint ein Mark Grieser, Telefon 0031848362642 verantwortlich zu sein, der auf den verschiedenen Webseiten angegeben ist. Wobei der Name verdächtig deutsch für eine niederländische Telefonnummer erscheint. Von dem Spam wird Ramsch angeboten. Jedenfalls deuten die Recherchen im Internet darauf hin, dass die angebotenen Dinge zu teuer sind und die Qualität zu wünschen übrig lässt.

Was kann man nun gegen solche Faxspammer tun? Man sollte keinesfalls die angegebenen Rufnummern oder Emailadressen verwenden. Vielleicht hört der Spam dann sogar auf, allerdings haben die Spammer dann sogar etwas wertvolleres. Ein bestätigte Faxnummer mit

Emailadresse und vielleicht sogar noch Namen. Für solche Informationen bekommen Adresshändler viel Geld. Des Weiteren sind die angegebenen Faxnummern für den Absender mit Zusatzkosten verbunden. Einige gute Tipps wie Nachts abschalten und ähnliches findet man unter <https://www.antispam.de/wiki/Fax-Spam>.

Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zu der Angabe von Telefon- und Faxnummern bei Vistaprint. Das könnte aber auch ein Zufall sein, dass Personen, die bei Vistaprint ihre Faxnummer angegeben haben, Spam-Faxe bekommen. Es ist aber immer besser sparsam mit seinen Daten zu sein. Also alles, was nicht unbedingt notwendig für die Abwicklung ei-

ner Transaktion ist, weglassen. Sollte man generell so halten.

Die Bundesnetzagentur hat auf ihrer Seite die entsprechenden Behörden in den einzelnen Ländern verlinkt. Wobei die Kenntnis der Landessprache oder zumindest von Englisch von Vorteil ist.

Da in dem beschriebenen Fällen sowohl britische (<https://secure.consumerdirect.gov.uk/reportascam.aspx>) wie auch niederländische (<http://www.agentschaptelecom.nl/english>) Nummern verwendet werden, sind natürlich die jeweiligen Behörden vor Ort zuständig. Man sollte bedenken, dass je mehr sich bei den zuständigen Stellen beschweren, desto eher dürfen diese Stellen etwas unternehmen.

krz

- Innerhalb der EU sind die Webseiten der zuständigen Regulierungsbehörden unter http://www.bundesnetzagentur.de/cin_1931/DE/DieBundesnetzagentur/RegBehoerdenEuropa_Basepage.html zu finden und für den Rest der Welt unter http://www.bundesnetzagentur.de/cin_1931/DE/DieBundesnetzagentur/RegBehoerdenInternational_Basepage.html

- Bekannte Absendernummern von Faxen
 - 0031848396158
 - 0031848325038
 - 0031848392780
 - 0031848356603
 - 0031848307962

- Auf den Faxen angegebene Internetseiten
 - www.pflanzen300.com
 - www.flaggen4u.com
 - www.chefsessel-europa.com
 - www.tools80.com
 - www.engine100.com
 - www.swissmoneyreport.net

Mehr
Text + Bilder

2010 0

Klarmachen zum Ändern ...

... des Stromanbieters. Die Preise für Strom steigen seit Jahren, wie so ziemlich jeder bemerkt hat. Auf den ersten Blick wirkt der Anbieterwechsel recht kompliziert. Das ist er aber nicht. Ändern des Anbieters geht ganz einfach. Zuerst muss man sich klarwerden, was man möchte. Will man den Strom möglichst günstig haben? Oder soll er wirklich frei von Atomstrom also richtiger Ökostrom sein? Der Ökostrom, den man bekommt, ist interessanterweise fast immer Wasserkraft. Was durchaus umgewandelte Atomkraft sein kann. Das läuft dann wie folgt: Bei einem Pumpspeicherkraftwerk wird unter anderem mit Atomstrom Wasser nach oben gepumpt. Anschließend läuft dieses durch Turbinen und erzeugt „saubere“ Wasserkraft. Man könnte so etwas auch als Stromwäsche bezeichnen. Soll es waschechter Ökostrom sein, empfiehlt sich über die Internetseite des BUND zu gehen:

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/atomkraftaktiv_werden/stromanbieter_wechseln/

Ist man sich darüber klar, was man haben möchte, kann man über ein Portal wie verivox.de die Anbieter vergleichen.

Dazu braucht man lediglich den Jahresverbrauch von der letzten Stromrechnung.

Wenn man sichergehen will, kann man auch den Höchstverbrauch der letzten Jahre nehmen. Diesen Verbrauch gibt man ein und erhält verschiedene Anbieter. Die Preise werden mit dem des lokalen Grundversorgers verglichen.

Man sollte auf die Laufzeit des Vertrages achten und ob eine Preisgarantie dabei ist. Ebenfalls nicht uninteressant ist, wer hinter der Firma steht und ob man Vorkasse leisten muss. Wenn man Pech hat, könnte das Geld weg sein. Dies sollte bei Anbietern mit Stadtwerken oder Großanbietern im Hintergrund nicht der Fall sein.

Den Vertrag kann man dann direkt auf der Internetseite des Anbieters abschließen. Glückli-

cherweise ist es hier auch besser als beispielsweise bei Telefonanbieterwechsel - wenn Sie den Anbieter wechseln, müssen Sie keinerlei Angst haben, vorübergehend keinen Strom zu haben. Besonders, wenn man sich über ein nicht nachvollziehbare Strompreiserhöhung aufregt, kann man natürlich auch erst einmal bei seinem Anbieter nachfragen. Nachfragen, was die Erhöhung soll, besonders, wenn man sich die Preise für Strom an der Strombörse im Vergleich anschaut <http://www.eex.com/de/Marktdaten/Handelsdaten/Strom>

Klarmachen zum Ändern ...

... des Stromanbieters. Die Preise für Strom steigen seit Jahren, wie so ziemlich jeder bemerkt hat. Auf den ersten Blick wirkt der Anbieterwechsel recht kompliziert. Das ist er aber nicht. Ändern des Anbieters geht ganz einfach. Zuerst muss man sich klarwerden, was man möchte. Will man den Strom möglichst günstig haben? Oder soll er wirklich frei von Atomstrom also richtiger

Ökostrom sein, empfiehlt sich über die Internetseite des BUND zu gehen:

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/atomkraftaktiv_werden/stromanbieter_wechseln/

Ist man sich darüber klar, was man haben möchte, kann man über ein Portal wie verivox.de die Anbieter vergleichen.

Dazu braucht man lediglich den Jahresverbrauch von der letzten Stromrechnung.

Wenn man sichergehen will, kann man auch den Höchstverbrauch der letzten Jahre nehmen. Diesen Verbrauch gibt man ein und erhält verschiedene Anbieter. Die Preise werden mit dem des lokalen Grundversorgers verglichen.

Man sollte auf die Laufzeit des Vertrages achten und ob eine Preisgarantie dabei ist. Ebenfalls nicht uninteressant ist, wer hinter der Firma steht

und ob man Vorkasse leisten muss. Wenn man Pech hat, könnte das Geld weg sein. Dies sollte bei Anbietern mit Stadtwerken oder Großanbietern im Hintergrund nicht der Fall sein.

Den Vertrag kann man dann direkt auf der Internetseite des Anbieters abschließen. Glücklicherweise ist es hier auch besser als beispielsweise bei Telefonanbieterwechsel - wenn Sie den Anbieter wechseln, müssen Sie keinerlei Angst haben, vorübergehend keinen Strom zu haben. Besonders, wenn man sich über ein nicht nachvollziehbare Strompreiserhöhung aufregt, kann man natürlich auch erst einmal bei seinem Anbieter nachfragen. Nachfragen, was die Erhöhung soll, besonders, wenn man sich die Preise für Strom an der Strombörse im Vergleich anschaut <http://www.eex.com/de/Marktdaten/Handelsdaten/Strom>

+ 1/4 Seite Text?

2010 0

Eig. 1
Anzeige

COMIX
VERCH?

Wir stehen am Anfang der „Digitalen Revolution“. Digitale Technologie wird unser Leben massgeblich bestimmen. Die Piratenpartei möchte die Gefahren der Technologie erkennen, abwehren und die Chancen nutzen.

Die neu geschaffenen technischen Möglichkeiten sollen dazu genutzt werden, einen „gläsernen Staat“ zu schaffen, der den Menschen dient. Sie dürfen nicht dazu missbraucht werden, einen „gläsernen Menschen“ zu schaffen, der dadurch in seinen Menschenrechten beschnitten ist. Um dies zu erreichen, müssen neue Wege gefunden werden, die der aktuellen Situation gerecht werden.

Die Piratenpartei ist interaktiv. Sie funktioniert nicht vom Zuschauen, sondern nur durch rege Beteiligung. Wenn Ihnen die Ziele auch am Herzen liegen, dann bringen Sie sich ein.

COMIX
VERCH?
Sprach Me-Me und You-Kess
CC: Nina Pabby

